

Claus Krätzner, Gymnasiast in Brandenburg/Havel, über die Relegation von Mitgliedern der Jungen Gemeinde von der OberschuleAbschrift**Claus Krätzner, Gymnasiast, Brandenburg/Havel**

Im Jahre 1950 hatte ich meine Grundschulzeit an der Jahnschule abgeschlossen und wechselte zur Goethe-Oberschule. In dieser Zeit schloss ich mich der evangelischen Jungen Gemeinde an. Diese Tatsache war den Mitschülern und Lehrern bekannt, da wir als Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde ein kleines Kreuz über der Weltkugel als Abzeichen an unseren Jacken trugen.

An einem Tag im März 1953 wurden sämtliche Schüler und Lehrer unserer Schule zu einer Versammlung in das Jugendhaus „Phillip Müller“ in der Steinstraße beordert. Nachdem alle Platz genommen hatten, wurden die Türen durch Volkspolizisten verschlossen, so dass niemand den Saal verlassen konnte. Dann betrat ein Offizier der Kasernierten Volkspolizei das Podium und hielt eine Ansprache, in der er die Junge Gemeinde als staatsfeindliche Organisation im Dienste des angloamerikanischen Imperialismus bezeichnete, die in einem sozialistischen Staat zu verbieten sei. Nun war die Junge Gemeinde alles andere als eine Organisation, sondern lediglich eine Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche, die sich um die religiöse Betreuung von Jugendlichen kümmerte. Sie hatte schon gar nichts mit angloamerikanischen Imperialisten zu schaffen. Allerdings stellte die Junge Gemeinde ein teilweise starkes Gegengewicht zur staatlich geförderten FDJ dar. Die ihr anhängenden Jugendlichen waren der staatlichen Beeinflussung weitgehend entzogen. Die Argumentation des Vopo-Offiziers war zu durchsichtig. Es ging in der gesamten Aktion darum, die Jugendlichen einzuschüchtern und ihre Haltung im Sinne der Staatspartei SED zu ändern. Als drastischste Maßnahme erfolgte die Verlesung der Namen rund eines Dutzend Schülerinnen und Schüler, und es wurde ihr sofortiger Ausschluss aus der Schule verkündet. Man empfahl den Ausgeschlossenen, sich „in der Produktion zu bewähren“. Auch mein Name war unter den Verlesenen.

In den darauf folgenden Tagen und Wochen herrschte große Empörung in kirchlichen Kreisen und darüber hinaus. Es erfolgten offizielle Proteste der Kirchenleitungen bei der Staatsführung, denn die Maßnahme war nicht auf unsere Schule oder die Stadt Brandenburg beschränkt, sondern erfolgte DDR-weit. Die Proteste blieben zunächst völlig wirkungslos.

Durch die Vermittlung eines Bekannten bekam ich eine Stelle als Lagerarbeiter in der DHZ Chemie (Deutsche Handelszentrale für chemische Produkte), was zwar keine Perspektive für meine Zukunft darstellte, mir aber die Möglichkeit gab, etwas Geld zu verdienen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Diese verlief zufriedenstellend: Die Stimmung der Bevölkerung und die dadurch entstandene politische Lage zwangen die SED, zuvor gefasste Beschlüsse zu revidieren. Die Revision betraf unter anderem auch die Haltung gegenüber den Kirchen in der DDR. In dem Kommuniqué des Politbüros der SED vom 9. Juni 1953 wurde empfohlen, „dass alle im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde aus den Oberschulen entfernten Schüler

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

sofort wieder zum Unterricht zuzulassen sind ... “. Für mich und meine relegierten Mitschüler bedeutete das unsere Wiederaufnahme in unsere bisherigen Klassen. Zwar hatten wir ein Vierteljahr Unterricht versäumt, aber der versäumte Stoff war durch gesteigerten Fleiss aufzuholen.

Wenige Tage vor dem 17. Juni, nämlich am Montag, dem 15. Juni 1953, hatte ich nach der Zwangspause als Mitglied der Jungen Gemeinde wieder meinen ersten Schultag. Die Verbindung zu den Klassenkameraden war in der Zwischenzeit zwar nicht ganz abgerissen, aber lockerer geworden, da unser Arbeits- bzw. Unterrichtsrhythmus und damit unsere verfügbare Freizeit sich stark voneinander unterschieden. Es gab kein großes Aufsehen; ich war eben wieder da. Ich besorgte mir den Stundenplan und erfuhr, welche Gegenstände gerade in den einzelnen Unterrichtsfächern behandelt wurden. Am 16. Juni erfuhren wir, dass Arbeiter in der Ostberliner Stalinallee aus Protest gegen Normerhöhungen ihre Arbeit niedergelegt hatten. Es hieß, am nächsten Tage wollten sie weiterstreiken, und sie riefen andere dazu auf, sich ihrem Beispiel anzuschließen. Es war sogar von Generalstreik die Rede. Bei meinen Eltern, Großeltern und mir machte sich wie bei vielen anderen Aufregung breit. Da tat sich etwas Ungeheuerliches: Noch nie hatte es in diesem System eine derartige Auflehnung gegen die bestehenden Verhältnisse gegeben. Wie sollten wir uns am nächsten Tag verhalten? Schließlich kamen wir zu der Meinung, es sei am besten, erst einmal abzuwarten, wie sich die Lage entwickeln würde.

[Quelle: Peter Lange/Sabine Roß (Hg.), 17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands, unter Mitarbeit von Barbara Schmidt-Mattern im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Deutschlandfunk, Münster 2004, S. 29-31.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---